

Helge Peukert

Besprechung zu

Richters, Oliver / Siemoneit, Andreas: Marktwirtschaft reparieren.

im Oekom Verlag, 2019.

Oliver Richters (Physiker und Ökonom) und Andreas Siemoneit (Physiker und Wirtschaftsingenieur) sind in der ökologischen und geldpolitischen Alternativszene keine Unbekannten. Daher lohnt sich eine längere Rezension. Mit ihrem Buch wollen sie, wie es im Untertitel heißt, den „Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie“ vorlegen.

Ihr Ausgangsbefund: Die Strategie grünen Wachstums scheitere v.a. an der mangelnden Rohstoffeffizienz. Nichtwachstum erscheine zwar den meisten Menschen regelrecht undenkbar, eine ressourcenintensive Wachstumspolitik müsse aber dennoch ein Ende finden. „Die gesellschaftlichen und ökologischen Kosten überschreiten den Nutzen ökonomischer Aktivität.“ (S. 14) Es herrsche große Uneinigkeit über die tieferen Ursachen des Wachstumszwanges. Kritiker des Wachstums können sich nicht auf plausible Alternativen und Reformen einigen. Oft liege zudem eine wenig konstruktive Fundamentalkritik an der Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem vor, deren eigentliches Wesen die Autoren herausarbeiten wollen und das sie gegen Überregulierung und Versuche ihrer Abschaffung verteidigen wollen. Probleme und Auswege aus der ökologischen Krise seien weder auf der individuellen noch primär auf der kulturellen Ebene zu finden, vielmehr bedürfte es ökonomischer Strukturveränderungen.

Auf die Frage, warum dem ökonomischen Wachstumszwang bisher nicht politisch begegnet wurde, antworten sie: „... weil er schlicht nicht erkannt wurde“ (S. 17). Man ist gespannt, was denn weder Wissenschaft noch das wachstumskritische Lager bisher nicht erkannten und sie als neue Erkenntnisse ins Feld führen werden. Bereits an dieser Stelle wird ein Grundmuster des Buches deutlich: Dem Wachstumszwang wurde bisher politisch nicht deshalb nicht zu Leibe gerückt, weil Interessengruppen dies verhindern und der (National)Staat angesichts von Deregulierung und Globalisierung einem strukturellen Kontrollverlust unterliegt. Vielmehr mangelt es an Einsicht und durch sie beflügelten guten Willen („Wir richten uns explizit an alle, die guten Willens sind“, S. 21). Es zeigt sich hier bereits, dass Macht- und Herrschaftsfragen in ihrem Buch so gut wie keine Rolle spielen. Insofern weist ihr Beitrag einen (klein-)bürgerlichen Einschlag auf. Aus einer solchen gutbürgerlichen Perspektive stellen sie ihre Vorschläge zur Technologie und Ressourcenbesteuerung, zur Bodenrente und

zum Geldsystem aus. Ihre Vorschläge seien systemkonform und um „Realismus“ bemüht. Eine neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Logik sei nicht erforderlich.

Gute Marktwirtschaft, böse Marktwirtschaft

In Kapitel 2 stellen sie die Marktwirtschaft als noch nicht realisierte soziale Utopie vor. So sei auch die in der Volkswirtschaftslehre vorherrschende Neoklassik zu deuten, die nicht als schlechte Theorie, sondern als guter Forderungskatalog aufgefasst werden könne und mit der es dann darum ginge, „die Realität der Theorie anzupassen“ (S. 23). Nur nebenbei sei erwähnt, dass gemäß der „Theorie des Zweitbesten“ eine Annäherung an den Idealzustand des Wettbewerbs diesen ohne Erreichung aller Bedingungen nicht unbedingt effizienter macht (wenn man z. B. Informationshürden abbaut, kann es zu mehr Preisabsprachen kommen). Wenn man also von fünf nicht erfüllten Bedingungen des Wettbewerbs durch Verbesserungen auf nur noch drei kommt, muss der Wettbewerb nicht besser funktionieren. Eine tendenzielle Annäherung ist daher aus theoretischer Sicht ein zweiseitiges Schwert.

Ihr Ziel der realen Einrichtung echten Wettbewerbs geht auf jeden Fall weit über die Ansprüche der meisten Volkswirtinnen und Volkswirte hinaus, denen klar ist, dass das Standardmodell vollkommener Konkurrenz eine unrealistische Modellabstraktion ist (wenngleich dies in den Einführungslehrbüchern leider ideologisch vernebelt wird). Damit die Wohlfahrtsversprechen von Wettbewerb und Konkurrenzwirtschaft zutreffen, setzt das Modell z. B. voraus, dass alle Unternehmen Preisnehmer sind, also den Marktpreis nicht beeinflussen oder ändern können. Auch gibt es in der Wirtschaftsrealität die häufige Marktform der monopolistischen Konkurrenz (Produktdifferenzierungen, die Unternehmen u. a. Preissetzungsspielräume eröffnen).

Man wäre für einen (Literatur-)Hinweis dazu dankbar gewesen, was sie denn genauer unter Neoklassik und „Wettbewerb“ verstehen. Eine etwas genauere Markierung wäre auch deshalb hilfreich gewesen, weil es im ökonomischen Mainstream trotz vieler gemeinsamer Merkmale recht verschiedene Richtungen gibt, die sich u. a. in der Frage unterscheiden, wie stark Marktversagen zwangsläufig vorliegt und wie intensiv dementsprechend reguliert werden sollte (siehe Peukert, H. *Mikroökonomische Lehrbücher. Wissenschaft oder Ideologie?* und *Makroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie?*, beide Metropolis 2018). Generell fällt im Literaturverzeichnis auf, dass (außer beim Geldthema) kaum auf die sogenannte Fachliteratur, sondern oft auf journalistisch aufgearbeitete Beiträge verwiesen wird.

Die „Neoklassik“ fordere nach dem Verständnis der Autoren auf jeden Fall in der Theorie vollkommene Märkte und perfekten Wettbewerb (schließt das für sie z. B. asymmetrische Information aus?). Preise drücken dann die Wertschätzung der Menschen aus, und es kommt dank Konkurrenz und Preisanpassungen *immer* zu einem Gleichgewicht (zu den vielen Voraussetzungen, damit solche Gleichgewichte zustande kommen, siehe die zwei oben angegebenen Beiträge des Rezensenten). Diesem perfekten Wettbewerbsideal wollen die Autoren zum Durchbruch verhelfen. Die von ihnen angeführten Eigenschaften des Wettbewerbs beruhen auf bestimmten Betonungen und Auslassungen. Wenn man z. B. sagt, Angebot und Nachfrage lenken über Preise die Produktion der von Menschen geschätzten Dinge, so wäre eigentlich hinzuzufügen: Preisbestimmend ist die Nachfrage der Menschen, die genügend Kaufkraft haben, um die Nachfrage zu beeinflussen. Zwischen der Zahlungswilligkeit und der Zahlungsfähigkeit besteht aber ein großer Unterschied, der von den Autoren (wie in den Lehrbüchern) gerne vernachlässigt wird.

Der Theorie (die Neoklassik ist für sie ja Theorie und Utopie) der Marktwirtschaft wird von den Autoren die heutige Realität und Praxis gegenübergestellt und von sozialer Ungerechtigkeit, ökologischem Raubbau, Immobilienpreisexplosionen, Lobbyismus bis zu den Panama Papers usw. vieles erdenklich Schlechte aufgeföhren. Die entscheidende Frage für sie lautet, ob sich die potenziell gute Marktwirtschaft gegen den real schlechten Kapitalismus abgrenzen und einrichten lässt.

Marktwirtschaft und Leistungsprinzip

Teil II geht näher auf Marktwirtschaft als Konzept ein. Ganz zutreffend bemerken die Autoren, dass anonyme Großgesellschaften anderer Koordinationsmechanismen bedürfen als die lange vorherrschenden kleinen (zunächst Jäger- und Sammler-)Gruppen. Sie sehen marktba-sierten Austausch als natürliche, evolutionär zwangsläufige Folge eines nötigen Objektivierungsprozesses, der auch die entsprechenden Zuteilungsprobleme formalisiere. Marktwirtschaft sei insofern weltgeschichtlich – um es einmal ordoliberal auszudrücken – die natürliche Ordnung. Obwohl nicht zu bestreiten ist, dass die real existierenden Zentralverwaltungswirtschaften gescheitert sind und mit ihnen grundsätzliche Flexibilitätsprobleme einhergehen und uns bisher kein besserer, auch ökologisch funktionierender Koordinationsmechanismus für die heutige Weltgesellschaft eingefallen ist, liegt hier doch eine gewisse ge-

schichtsdeterministische These vor, die einer marktliberal-konservativen, aber auch, was die Volkswirtschaftslehre betrifft, neoinstitutionalistischen Weltansicht entspricht.

Eine andere Deutung zur Beantwortung der Frage, wie es zur Konkurrenzwirtschaft kam, würde auf die Durchsetzung bestimmter Interessengruppen bei der Entstehung des Kapitalismus rekurren, wobei dann die von den Autoren angeführten negativen Auswüchse der Marktwirtschaft nicht überwindbare (Fremd-)Elemente wären, sondern zum Systemkern gehören. Aus Sicht der *Radicals* hat Hunt (Hunt, E.K. *Property and prophets: The evolution of economic institutions and ideologies*, 7. Aufl., M.E. Sharpe, 2003) dargelegt, dass bei der Entwicklung zur kapitalistischen Marktwirtschaft auch der „Neoklassik“ eine bedeutende ideologische Rolle im hegemonialen Kampf um die Ausgestaltung der Regeln und Institutionen des sich herausbildenden neuen Wirtschaftssystems zukam, auch z. B. hinsichtlich der Verteilungsfrage.

Wenn Richters und Siemoneit von der „Formalisierung“ der Verteilungsfrage in Marktsystemen sprechen, scheinen sie die „neoklassische“ These zu akzeptieren, dass jeder Faktor nach seinem Grenzprodukt fair entlohnt wird, d. h. den Betrag erhält, den er der Produktion durch seine Arbeit hinzufügt oder aber sich die Marktpreise über Einzelpräferenzbekundungen, die sich zu Angebots- und Nachfragekurven addieren, ergeben. Mit stark wirtschaftsethischem Unterton sehen die Autoren als die wichtigste soziale Norm das Leistungsprinzip an, das an das Reziprozitätsprinzip vormoderner Gesellschaften anknüpft. Beim Leistungsprinzip handelt es sich für sie um *die* soziale Basisnorm. Nach ihm träte Gerechtigkeit ein, wenn eine Gleichwertigkeit zwischen Leistung und Gegenleistung bestünde. Nicht zuletzt angesichts explodierender CEO-Gehälter greifen sie hier ein heißes Eisen der aktuellen Debatte an, und es klingt noch die FDP-Forderung im Ohr, Leistung müsse sich wieder lohnen.

Jetzt wird es spannend: Wie kann man die Leistung eines Dachdeckers, eines Vorstandsvorsitzenden und einer Hebamme leistungsbezogen und gerecht vergleichen? Schon Ricardo und Marx haben sich in ihren Arbeitswertlehren an dieser Frage mehr oder weniger die Zähne ausgebissen. Was haben nun die Autoren anzubieten? „Nach Ausbildungserfordernissen, Erfahrung, Können und Verantwortung gestaffelte Entlohnung wird praktisch universell akzeptiert.“ (S. 42) So allgemein formuliert, ist diese Aussage nicht unbedingt falsch, aber auch nicht gerade weiterführend, da es ja auch um die Höhe der „Staffelung“ bei der Frage geht, ob Entlohnung gesellschaftlich noch als angemessen erachtet wird. Außerdem: Wenn die Gesellschaft die Ausbildung bezahlt, warum sollte der Subventionierte dann später eigentlich

mehr verdienen? Noch einmal: Wie wird durch die allgemeine Staffelnungsregel der Vergleich der Entlohnung einer Hebamme und eines CEO durchgeführt? Die Autoren meinen sich im Einklang mit den Sozialwissenschaften, wenn sie bemerken, „dass Leistung in einem allgemeinen Sinne gar nicht objektiv bestimmbar ist“ (S. 43). Diese Aussage ist natürlich für den gespannten Leser eine herbe Enttäuschung, da man angesichts der von ihnen behaupteten Bedeutung der Zentralnorm hoffte, ein objektiv sicheres Beurteilungskriterium und Fundament geboten zu bekommen.

Man fragt sich spontan: Was nun, gibt es also doch keine Vergleichbarkeit? Ihre unmittelbare Antwort: Marktwirtschaft könne nur (aber immerhin) Hinweise darauf geben, welche Leistung gefragt oder auch nicht und mit welcher Wertschätzung gefragt sei. Im Klartext: Die Marktpreise geben an, was überhaupt als Leistung und mit welcher Wertigkeit gilt. Da Vorstandsvorsitzende das 150-fache des Referenzlohns bekommen und sie auf umkämpften Märkten mit Shareholder-Value-Philosophie agieren, geht das dann für die Autoren in Ordnung? Nach dem Fairnessgefühl des Rezensenten ist dies nicht der Fall. Wo ist die Messlatte der Autoren angesichts der Bedeutung des Prinzips für die Autoren? Es wird später zu fragen sein, ob ihre weiteren Reformvorschläge Präzisierungen zum Leistungsprinzip bringen.

Nur eine niet- und nagelfeste Aussage wird neben vermeintlich trivialen, aber doch nicht unproblematischen Aussagen („Wer länger arbeitet, verdient mehr“, S. 45) geboten: „Faktisch bedeutet das [die Erfüllung des Leistungsprinzips] die soziale Norm, ein Einkommen erzielen zu müssen“ (S. 43). Gilt dies auch für Vermögende oder Erben, besteht ein Arbeitszwang? Man wird sehen. Aber auch das Sozialprinzip soll gelten: Wer nicht arbeiten kann, wird unterstützt. Sie formulieren diese Dinge ausgesprochen allgemein und abstrakt, was eine durchgehende, unguete Eigenschaft ihres Textes ist. Sie reißen in der Gesellschaft gerade stark und kontrovers diskutierte Fragen an, bei denen der Teufel in vielerlei Details steckt (z. B. welche Arbeit ist für wen zumutbar, wie hoch müsste Hartz IV oder die Arbeitsunfähigkeitsrente ausfallen usw.?). Diese Fragen werden von den Autoren in luftigen, unverbindlichen Allgemeinerklärungen abgehandelt, die manchmal sogar an die Werbeprosa zur (Neuen) Sozialen Marktwirtschaft erinnern.

Mit den schlechten Lehrbüchern der Mainstreamökonomie (deren Angebots- und Nachfragekurven kontextfrei aus dem Ökonomenärmel purzeln) haben ihre Ausführungen zur Marktwirtschaft gemein, dass diese anscheinend völlig selbstregulierend und freischwebend, ohne jegliche juridisch-institutionelle Ausgestaltung funktioniert. Natürlich werden die Auto-

ren antworten, es sei doch klar, dass sie der Einbettung bedarf. Indem man diesen Nexus aber (erst einmal?) weglässt, vermittelt man zumindest implizit ein ganz bestimmtes Bild des Lohn- und Preissetzungsprozesses. Dieser erfolgt dann nämlich z. B. ganz neutral als Messung der atomisierten Nachfragepräferenzen und führt zu einer, wie sie es nennen, „formalisierten“ Verteilung.

Bereits John Commons (*Institutional economics*, Macmillan, 1934) aus der Tradition des kritischen Institutionalismus hat deutlich gemacht, wie unvermeidlich interessenrelevante Regeln im Wirtschaftsprozess sind. Auch ggf. nicht vorhandene Regeln sind eine Entscheidung. Keine Regel ist interessenneutral: Selbst die Festlegung der Höhe der Fußballtore bevorzugt oder benachteiligt größere oder kleinere Torhüter. Das Verbot der Ansiedlung von Gewerbebetrieben in Wohngebieten benachteiligt Unternehmen und schützt Anwohner, oder umgekehrt. Dürften z. B. nur diejenigen, die einer Gewerkschaft angehören, in den Genuss von Lohnerhöhungen kommen, so stiege sicherlich der Organisationsgrad und die Lohnhöhe. Ohne eine solche Regel wird schließlich antimarktwirtschaftlich Trittbrettfahrerverhalten gefördert. Dass dieses Prinzip nicht gilt, bevorzugt Unternehmen, da so der Organisationsgrad der Abreitnehmer negativ beeinflusst wird.

Märkte und ihre Regeln, die auch die Formen des Wettbewerbsprozesses bestimmen, sind nach Ansicht der kritischen Institutionisten immer soziale Konstruktionen und Artefakte und in ihrer jeweiligen Ausgestaltung Kompromisse zwischen verschiedenen Interessen. Sie werden stets aufs Neue ausgehandelt. Löhne und Preise können daher nur – und selbst für ihre ideale Marktwirtschaft – sehr oberflächlich und eigentlich falsch als Ausdruck objektiv-natürlicher Gegebenheiten gelten, wie von Autoren insinuiert.

Gewinn und Wachstum

Kapitel 4 zum ökonomischen Kreislauf rezipiert das übliche Lehrbuchwissen und legitimiert Gewinn und Unternehmertätigkeit u. a. durch Unterscheidung des buchhalterischen und des ökonomischen Gewinnkonzepts. „Im Idealfall bleibt ein Rest als Gewinn, welcher den Lohn der Unternehmerin darstellt, und im Idealfall entspricht dieser Gewinn einem ‚normalen‘ Einkommen, was tatsächlich bedeutet, dass die Unternehmerin an der Arbeitszeit ihres Angestellten nichts verdient hat. Die Angestellten haben genau ihren Leistungsanteil als Lohn oder Gehalt erhalten, und in vielen (kleinen) Betrieben ist das auch der Fall.“ (S. 58) Die Au-

toren scheinen primär in der Kategorie kleinerer Familienunternehmen zu denken und zu schreiben; Kapitalgesellschaften oder gar multinationale Konzerne kommen konzeptionell relevant nicht vor. Aber dann gibt es bei ihnen doch noch Ausbeutung und eine Machtasymmetrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Aber das beruhe, contra Marx und als ihre später entfaltete mutige These, auf technologischer Arbeitslosigkeit und all ihren Folgeproblemen.

Auch bringen sie in dem Kapitel noch und eher im Vorbeigehen die wichtige These unter, dass Wachstum nicht zwangsläufig sei (S. 50). Da sie gegen fortlaufende Arbeitszeitverkürzungen sind (S. 56), stellt sich die Frage, was man bei den (zumindest bis vor Kurzem) üblichen 1 bis 2 Prozent Produktivitätssteigerung pro Jahr bei stationärer Bevölkerung mit freigesetzten Einkommenssuchenden anstellen soll. Sie finden es schließlich gut, wenn Unternehmer_innen um Kostenreduzierung bemüht sind (S. 56–57), was auch durch inkrementelle Produktivitätsfortschritte erfolgen kann. Auch positive Skalenerträge kommen im Buch nicht vor, sie sind tatsächlich ein ärgerliches Phänomen im Konzept einer sich selbst regulierenden Marktwirtschaft. Wenn eine Ausweitung der Produktion die Stückkosten sinken lässt oder die IT-Giganten wie Amazon, Google, Apple, Facebook u. a. durch Expansion positive Netzwerkexternalitäten (Wettbewerbsvorteile durch hohe Kundenzahl) realisieren, dann gibt es wohl doch Wachstumsmotive in der Marktwirtschaft, die sich nicht so leicht in den kurzen Schlenkern der Autoren zum Wachstumszwang ausklammern lassen.

Geld, Zins und Rendite

Geld mache genialerweise Unvergleichbares vergleichbar und sei ein Anspruch auf Wirtschaftsleistung. Die Geldmenge muss auf den Fluss der Tätigkeiten abgestimmt werden, auch in diesem Sinne neutrales Geld wäre sinnvoll. Gut marktliberal stellen in ihrer Darlegung Renditen Preise für Kapitalüberlassung dar. Kapital müsse mühsam aufgebaut werden, „es bedeutet Zeit- und Geldaufwand, den man auch anders hätte nutzen können (Konsum)“ (S. 65). Das Zitat setzt den *loanablefunds*-Ansatz voraus, bei dem Investitionen Sparen anstelle von Konsum voraussetzt, wohingegen sie aber später selber kritisieren, dass bei heutiger Geldschöpfung aus dem Nichts diese Abhängigkeit gerade nicht besteht. Auch klingen ihre Ausführungen nach der liberalen österreichischen Zinstheorie, bei der es allerdings auch den von ihnen im Innovationskontext aufgegriffenen heterodoxen Denker Schumpeter gab,

der den Zins für ungerechtfertigt im Rahmen eines stationären Wirtschaftskreislaufs (den die Autoren ja anzielen) hielt.

Es gibt demnach zu Zins und Gewinn alleine schon im markliberalen Lager verschiedene Ansichten, und es wird nicht recht klar, auf welchem Fundament die Autoren ruhen. So auch, wenn sie dann sibyllinisch erklären, Renditen seien voll in Ordnung, wenn zuvor erheblich investiert werden muss, bevor Erlöse erzielt werden. Damit gehen sie die in den Wirtschaftswissenschaften seit Jahrhunderten umstrittene Frage, welche Produktionsfaktoren produktiv und leistungsbeitragend sind, sehr hemdsärmelig an, ohne dass ihre Ausführungen hinreichend klar positioniert sind. Wie dem auch sei: Sie landen, wenngleich mit noch zu diskutierenden Einschränkungen, wie die Neoklassik bei einer Legitimation des Faktors Kapital als Wertquelle, deren Bereitstellung Einkommen legitimiert.

Wie steht es eigentlich nach ihrem Investitionskriterium mit den Renditen von Facebook und anderen IT-Unternehmen, deren Anfangsinvestitionen sich sehr in Grenzen hielten? Bei den meisten dieser Unternehmen kommt hinzu, dass hier die Trennung von Produktion und Konsumption nicht mehr passt, da die Konsumenten auch (Daten-)Produzenten sind (Prosumenten; siehe Elder-Vass, *D. Profit and gift in the digital economy*, Cambridge University Press, 2016). „Problematisch werden solche Renditen, wenn sie sehr hoch sind oder sehr lange erzielt werden.“ (S. 65) Denn dann seien sie definitiv leistungslos. Müssten dann Patente trotz ihrer Anreizfunktion z. B. spätestens nach vier Jahren auslaufen? Doch in ihren über den Wolken der Details der realen Welt schwebenden Auslassungen sind Fragen dieser Art zu konkret. Sie behaupten stattdessen sogar, die Frage, wann etwas zu hoch sei oder sehr lange erzielt wurde, entzöge sich formalen Kriterien, nur moralisch ließe sich über Einzelfälle urteilen (S. 65). Ein solches moralisches Deliberationsverfahren dürfte sich wohl nur für die von ihnen zu Recht als überholt angesehenen vormodernen, face-to-face-Kleingruppen eignen.

Ihr Argument, in einem Geldsystem mit Zins bestehe kein systematischer Wachstumszwang, ist merkwürdig, da sie sagen, man müsse die Zinsen ja nicht akkumulieren, sondern könne sie auch konsumieren (S. 67; sie rekurren hier sicher auf die Ergebnisse früherer Untersuchungen einer Arbeitsgruppe, an der sie teilnahmen, deren Argumente aber im Buch nicht vorgestellt werden). Folgt daraus, dass, wer nicht konsumiert und seine Zinseinnahmen weiter „arbeiten“ lassen will, einen Wachstumsdruck ausübt? Ist Sparen in dieser Logik grundsätzlich des Teufels? Da sie vorher die Abstinenztheorie der Kapitalbildung (Nichtkonsum als

Voraussetzung der Kapitalbildung) mit vertreten, gerät man in ein Verhaltensdilemma: Sowohl konsumieren, als auch sparen rufen beide Risiken und negative Nebenwirkungen hervor.

Sie kommen im Fortgang noch einmal auf den gewünschten Wettbewerb zurück, der dafür Sorge, dass Anbieter nicht mehr und nicht weniger als den „minimal notwendigen Angebotspreis“ verlangen können (S. 69). Wie in den ökonomischen Lehrbüchern ist man oft ungewiss, ob sich solche Aussagen zumindest als ungefähre Musteraussagen auf die heutige Realökonomie oder die noch utopische Marktwirtschaft beziehen. Das Zitat setzt, theoretisch präzise und korrekt analysiert, vollkommene Konkurrenz im Sinne sehr vieler kleiner Unternehmen und steigende Grenzkosten voraus, die die Durchschnittskostenkurve im Minimum schneiden. Nicht nur diese Voraussetzungen sind völlig arbiträr und unrealistisch (siehe hierzu detailliert Hill, R. und Myatt, T., *The economics anti-textbook*, Zed Books, 2010).

Wie hoch dürfte nach ihrer Vorstellung der Preis eines Smartphones von Apple nach dieser Regel sein und warum setzt er sich nicht durch? Wollen die Autoren das ggf. erzwingen oder gibt es überhaupt keine Smartphones mehr in ihrer idealen, ökologisierten Marktwirtschaft? Ihre Darstellung des Wettbewerbs, dem noch die Schumpeter-Innovationen angestückt werden, ist auf jeden Fall recht schönfärberisch und entspricht nicht einmal den Beiträgen vieler Ökonomen am Rande des Mainstreams (siehe zum aktuellen Diskussionsstand kurz und klar Rutherford, M., „Market deficiencies: From Veblen to Akerlof and Shiller“, *Journal of Economic Issues*, 52 [2018], 891–903).

Abschließend werden ganz standardgemäß Nichtmarktgüter (öffentliche Güter) angeführt; sie nennen Schulen, Straßen oder Sicherheit. Sie mischen hier objektive Gütereigenschaften mit dem aus ihrer Sicht Erwünschten (bei Bildung: Chancengleichheit), was ihre Demarkierung recht unscharf macht und weshalb für sie Marktversagen auch dann vorliegt, „wenn systematisch das Leistungsprinzip verletzt wird“ (S. 159). Aus ihrer Sicht wäre es wohl auch rational (siehe ihre Bemerkungen zu Stromnetzen), nicht mehrere Handymasten von verschiedenen Unternehmen nebeneinander stehen zu haben. Sie plädieren trotz einiger Bedenken dafür, all diese Bereiche in die öffentliche Hand zu überführen (S. 74), was ihrer bekundeten liberalen Grundausrichtung nicht eben entspricht. Gleiches gilt für ihre Bemerkungen zur privaten Altersvorsorge (heute die unsägliche Riesterrente, es gibt aber auch z. B. das schwedische Modell). Hier kommt ihre sozialdemokratische Seite zum Ausdruck, was ihrem Anspruch, eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss vorzustellen, aber nicht zuträglich

ist. Nach ihrer Logik müsste die Überführung in öffentliche Hand übrigens auch für Bereiche gelten, bei denen Grenzkosten von Null pro Konsument anfallen, also fast alle Telekommunikationsleistungen.

Ihr abschließendes Credo lautet: Marktwirtschaft kann einfach, gerecht und effizient sein, sofern das Leistungsprinzip gilt. Es wird verletzt durch den Bezug leistungsloser Einkommen, denen im folgenden Teil III der Kampf angesagt wird.

Geldschöpfung aus dem Nichts

Sie knöpfen sich als Erstes das heutige Kreditgeldsystem vor. Sie stellen den Vorgang der Geldschöpfung als Kreditvergabe an Haushalte oder Unternehmen durch private Banken richtig dar, auch ihre Analyse der Schwächen des Geldsystems ist treffend (Geldschöpfung erfolgt prinzipiell über Verschuldung, Geld auf dem Girokonto als nicht vollwertiges Geld, die Tendenz zu Kreditzyklen usw.). Ihre Argumente für die Trennung der Kreditvergabe von der Geldschöpfung sind nicht immer überzeugend, u. a., weil sie es mit der Idee idealerweise neutralen Geldes verbinden.

Es sei ökonomisch nicht ganz einleuchtend, warum „ständig ungefragt Mittel umgelenkt werden, vom Konsum in Richtung Investition“ (S. 93; es wäre ja fast zu begrüßen, wenn die Kreditvergabe tatsächlich für Sachinvestitionen erfolgte). Diese Fehllenkung wäre bei einem Vollgeldsystem nicht der Fall, da dann der Staat bzw. die Zentralbank über die Geldzufuhr entscheidet. Merkwürdig ist ihre Relativierung des Vollgeldvorschlags als erstem Bausteins für eine bessere Marktwirtschaft, da sie längst von Huber et al. entkräftete Argumente (Kreditklemmen usw.) wieder aufwärmen und die Vorzuehenswürdigkeit von Vollgeld gegen Ende des Kapitels relativieren. Sie unterstellen ihren Befürwortern, dass sie es als Wunderwaffe gegen alle möglichen andere Probleme ansähen. Dies trifft nach Ansicht des Rezensenten nicht zu, und die Vollgeldbefürworter sich der Grenzen ihres Vorschlages wohl bewusst (als Beleg siehe Huber, J. *Monetäre Souveränität*, Metropolis, 2018). Es fehlen auch Referenzquellen als Beleg für den Vorwurf.

Stattdessen hätten sich die Autoren besser etwas deutlicher darüber ausgesprochen, welche Vollgeld-Variante ihnen eigentlich am angemessensten erscheint, z. B. in Form einer unabhängigen Notenbank, die sich ggf. an eine bestimmte Zuteilungsregel halten muss, oder die Aufgaben der Notenbank werden in einer Unterabteilung und auf Weisung des Finanzminis-

teriums wahrgenommen. Sie belassen es im Ungefähren. Am Ende des Buches fehlen dann die Vorbehalte gegen Vollgeld als solches (S. 158).

Man kann sich auch fragen, warum sie z. B. zur Verhinderung eines Wachstumszwanges durch Zinsen (bei Akkumulation, wie sie es nannten) nicht eine Demurrage, d. h. eine regelmäßig anfallende Entwertung „gehorteten“ Geldes verlangen, damit fleißig konsumiert wird und keine Geldvermögen und Ungleichheit entstehen können. Sie sehen im Unterschied zu Vertretern der Freigeldlehre (Kennedy, M. *Occupy Money*, Kamphausen, 2011) in der Existenz von (Zinses-)Zinsen kein generelles Problem hinsichtlich des Erwerbs von leistungslosen Renten und des quasiautomatischen Aufbaus von Vermögen (siehe z. B. S. 64 und 178).

Das eigentliche Grundproblem ihrer Ausführungen zu Geld besteht aber darin, dass sie aus der Perspektive einer Finanzwelt von gestern denken. Die heutige Existenz von Schattenbanken, Verbriefungen, Kreditausfallversicherungen, CDOs, ABS, tausenderlei anderer Derivate, Geldmarktfonds, Hedgefonds usw. (siehe nach wie vor wohl am besten Stigum, M. und Crescenzi, A., *Stigum's moneymarket*, McGraw-Hill, 2007), die einen Löwenanteil der Schuld am Ausbruch der Finanzkrise hatten (siehe als verständlichen Überblick zu dieser Schuld Tooze, J., *Crashed*, Siedler, 2018), wachsen weiter.

Schattenbanken, komplexe Finanzprodukte und hektische Aktivitäten auf den Geldmärkten sorgen zwar nicht für eine Erhöhung der Geldmenge (sofern Geldmarktfondsanteile nicht als geldnahe Surrogate gehandelt werden). Aber sie erhöhen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, und das läuft auf dasselbe hinaus (siehe ihre unspezifische Forderung eines stabilen Geldumlaufs auf Seite 158). Man muss den Autoren daher vorhalten, dass sie diese, heute boomenden, destabilisierenden Finanzmarktaktivitäten und Strukturen völlig ignorieren. Würde man den Banken das Geldschöpfungsprivileg entziehen, dürfte der Schattenbanksektor umso mehr expandieren, um dies zu kompensieren. Ihre Ausklammerung ist auch deshalb problematisch, weil sie ja Wachstumstreiber dingfest machen wollen und es gute Argumente dafür gibt, dass das heutige Wirtschaftssystem ein finanzmarktangetriebenes System geworden ist (Stichwort: Finanzialisierung, siehe Guttman, R., *Finance-led capitalism: Shadowbanking, re-regulation and the future of global markets*, Palgrave Macmillan, 2016).

Technologie und Ressourcenverbrauch

Das entscheidende Kapitel 6 geht auf Technologie, Ressourcenverbrauch und den Wachstumszwang ein. Die These der Autoren lautet: „Der Wettbewerbsvorteil [durch technische Innovationen] entsteht nicht durch höhere Leistung, sondern durch erhöhten Ressourcenverbrauch und sorgt für einen generellen Trend zur Automatisierung“ (S. 101). Zugespielt ließe sich mit Alva Edison behaupten, „Innovation ist 1 % Innovation und 99 % Extraktion“ (S. 102). Als Beispiel dient der Bauer mit und ohne Traktor. Die „scheinbare Steigerung der Arbeitsproduktivität kommt jedoch nur zustande, weil die immer höheren Naturleistungen weiterhin den arbeitenden Menschen zugerechnet werden. Das soziale Desaster entsteht dadurch, dass relativ und absolut immer weniger ökonomischer Nutzen aus menschlicher Arbeit benötigt wird“ (S. 103).

Dies hört sich nach einer elementaren Arbeitsleistungslehre an: Nur Leistung zählt, und sie liegt vor, wenn Menschen sich körperlich (inklusive geistig) verausgaben. So hatte sich das schon der frühliberale John Locke zurechtgelegt. In dieser Allgemeinheit bleiben viele Fragen offen. Wenn z. B. ein Broker oder Dealer mit einer Großbäckerei ein Finanzgeschäft eingeht, indem er einen *Future* anbietet, bei dem ein unsicherer Weizenpreis in einem Jahr gegen einen festgelegten und für die Bäckerei planbaren Weizenpreis getauscht wird: Ist dann der Anbieter des *Futures* ein guter Leistungserbringer oder ein böser Spekulant?

Die Autoren vertreten eine Junktimthese, dergemäß Ressourcenverbrauch, technische Innovationen, sozialer Zusammenhalt, Verteilung und Arbeitslosigkeit zusammenhängen. „Technologie und ihr überbordender Ressourcenverbrauch untergraben damit fundamental das Leistungsprinzip, weil mit technischen Produkten und Dienstleistungen weniger die Leistungen der entsprechenden Menschen am Markt angeboten werden als vielmehr der Brennwert von Erdöl, die Festigkeit von Stahl, die Leitfähigkeit von Kupfer und so weiter.“ (S. 104)

Sie wollen im Grunde sagen: Wenn wir den Ressourcen- und Naturverbrauch drosseln, verschwindet die strukturelle Arbeitslosigkeit (weitgehend), und es sinkt durch arbeitsintensivere Produktion der wie immer definierte ökologische Rucksack. Es ist natürlich die Frage, ob die Aussage der höheren Vernutzung der Umwelt durch nicht näher definierte, aber durch den Bezug zu Erdöl, Stahl usw. auf die Verwendung auf nicht nichtregenerativen Ressourcen definitorisch eingeschränkten „Technologien“ meist oder immer mit einer höheren Umweltbelastung einhergeht. Ist diese These als Allgemeinaussage zu halten? Wenn ein Traktor 100 Pferdestärken und eine Menge die Umwelt auch belastender Menschen ersetzt, so fragt es sich doch, unterstellt, dass man das alles aufrechnen kann, wer die Umwelt mehr belastet.

Der Einsatz der von den Autoren beschriebenen Technologien hat aber auf jeden Fall ermöglicht, dass immer mehr Menschen auf diesem Planeten leben (können). Den Autoren ist zuzugute zu halten, dass sie nicht den Technoträumen Faktor 4 oder gar 10 anhängen (Weizsäcker, E.U. v. et al., *Faktor Vier*, Droemer Knauer, 1996). Wenn sie sich aber nicht den Vorwurf einer wohlfeilen, regressiven und weltfremden Agrar- und Handwerksromantik einhandeln wollen, dann müssten sie erklären, ab wann ihrer Meinung nach der Sündenfall begann, da alle sogenannten Modernisierungsprozesse der letzten fünfhundert Jahre ohne diese Technologien rückgängig gemacht werden müssten. Erwähnt werden kann hier neben der Bevölkerungsentwicklung der Welthandel, die Industrialisierung, die Verstädterung und überhaupt die Weltsystembildung. Bereits seit der Eisen- und Bronzezeit geht es an die Lager nichtregenerativer Ressourcen (ich danke Joseph Huber für diesbezügliche kritische Überlegungen, siehe auch hierzu seine *Allgemeine Umweltsoziologie*, 2. Aufl., VS-Verlag, 2011).

Auf welchen Verbrauchsstand soll also der Einsatz der, fossile Ressourcen einsetzenden, Technologien eingefroren werden? Hierzu findet sich kein Wort bei den Autoren. Sie können natürlich argumentieren: Wir setzen Verbrauchsgrenzen fest und werden sehen, was Mensch und Marktwirtschaft in diesem Rahmen hinbekommen. Ohne jegliche begründete Vermutungen diesbezüglich schicken sie aber die Menschheit hier auf eine Reise ins Unge- wisse. Sie diskutieren stattdessen den individuellen (ohne Auto geht es oft kaum) und politischen Wachstumszwang. Der Wachstumszwang werde nur (noch) empfunden, um annähernd Vollbeschäftigung zu erreichen. Sie wird aber gerade durch immer neue Technologien und begleitende „technologische Arbeitslosigkeit“ stets aufs Neue verhindert.

Was ist nach Ansicht der Autoren zu tun? Sie lehnen die ‚staatliche Durchsetzung von Beschränkungen‘ ab und geben sich hier erstmals offen als liberal denkende Autoren zu erkennen, gegen deren Überzeugung solche Beschränkungen auch tatsächlich verstoßen würden (S. 110). Sie schlagen vor, Kostenexternalisierung und die Schädigung von Gemeingütern als unlauteren Wettbewerb einzustufen. Die Autoren tun so, als seien solche Feststellungen des Unlauteren eine klare Angelegenheit, weil sie ganz allgemein bemerken: „(W)enn Unternehmen die Umwelt schädigen, ohne für einen Ausgleich zu sorgen, oder Leistungen der Natur als ihre eigenen ausgeben, hätten ihre Konkurrenten mit einer solchen Regelung eine klare Handhabe dagegen.“ (S. 111) Leider ist es so, dass *jede* produktive oder sonstige Tätigkeit des Menschen und der Wirtschaft die Umwelt schädigt und man mit einer solch allgemeinen Aussage wie der ihren herzlich wenig anfangen kann.

Auch sollte nach ihren Vorstellungen die Subventionierung fossiler Rohstoffe eingestellt werden. Obwohl die Autoren Zahlenwerte angeben, müsste man wissen, was sie hier dazugerechnet wissen wollen (ist der Bau einer Autobahn aus Mitteln der öffentlichen Hand schon eine Subventionierung?), damit sich nicht auch diese Forderung im Ungefähren verliert. Schließlich wollen sie ein *Cap-and-Trade*-System einführen, im Grundsatz ähnlich dem Kyoto-Protokoll, d. h. es soll eine maximale Verbrauchsmenge von Ressourcen oder Schadstoffemissionen festgelegt werden, deren Inanspruchnahme über Auktionen von Berechtigungsscheinen erfolgt.

Hier hätte man gerne einen groben Überblick, welche Ressourcen einbezogen werden sollen, wie die Zuteilung zwischen Branchen und Nationen erfolgen soll und vor allem: auf welche Abbauniveaus man abzielt. Geht man vom – in der Debatte erfreulich und dennoch erstaunlichen kommunistischen – Prinzip gleicher Verschmutzungsrechte aller Menschen aus, so dürfte z. B. der maximale CO₂-Verbrauch pro Kopf der Weltbevölkerung bei etwa 2 bis 3 Tonnen pro Jahr liegen. Nur um die dramatische Diskrepanz zwischen Realität und Erfordernis anzudeuten: Die Durchschnittsemission pro Kopf und Jahr liegt in Deutschland bei rund 12 Tonnen. Ein Hin- und Rückflug von Frankfurt nach New York liegt bereits über dem jährlich zulässigen Wert.

Welches Niveau streben die Autoren also hinsichtlich des Klimawandels an? Auch hierzu findet sich nichts. Sie tun so, als sei das im Rahmen eines Marktwirtschaftssystems mit gutem Willen schon weitgehend problemlos hinzubekommen. Das muss man leider stark bestreiten. Das Dilemma der Menschheit besteht heute darin, dass eine Einbremsung des Ressourcenverbrauchs mittlerweile dank der Untätigkeit in den letzten fünfzig Jahren so stark ausfallen müsste, dass ganze Industriezweige und Branchen einbrechen würden. Private Flugreisen dürften kaum noch stattfinden, die Fleischproduktion läge darnieder, die Stahlindustrie könnte sich CO₂-Zertifikate, die auf einem Zertifikatmarkt für alle per Auktion verkauft würden, nicht mehr leisten und würde zusammenbrechen, gleiches gilt für Zement usw.

Die Autoren gehen auf diese leider zu erwartende Dystopie nicht ein. Stattdessen deuten sie, wenn auch für die nicht ganz so nahe Zukunft, Sympathie für eine in der Tat nach zu erwartenden Ökokatastrophen notwendige, aber ihrem liberalen Ideal völlig widersprechende, geplante, weltweite Mengenkottingentierung auf der Basis ‚aller relevanten Massenströme‘ an (S. 113–114). Das war der Ansatz aller real existierenden Planwirtschaften, die die Autoren im Eingangskapitel als schlechte Utopie und Gegenprogramm zur Marktwirtschaft gei-

Belten (man blättere zurück auf Seite 27). Nach welchen Regeln und Kriterien sollten solche Materialverbrauchs- und Zuteilungspläne aufgestellt werden (zur aktuellen Debatte siehe Cockshott, W.P. und Cottrell, A. *Alternativen aus dem Rechner: Für sozialistische Planung und direkte Demokratie*, Papy-Rossa, 2006)?

Die von ihnen vorgeschlagene Mengen- statt Preispolitik bei *Cap and Trade* ist nach Ansicht des Rezensenten nicht so eindeutig wie von ihnen vorgeschlagen. Kontinuierliche Preisanhebungen über variable Steuern, die dafür sorgen, dass die zu zahlenden Endpreise einem vorherbestimmten und vorhersehbaren Preispfad folgen, erhöhen für alle ökonomischen Akteure die Planungssicherheit. Bei einer Mengenpolitik können sich Unternehmen keinen rechten Plan über die zukünftigen Inputpreise machen, die dann ev. erratischen Preisschwankungen unterliegen. Auch sollte nicht verschwiegen werden, dass eine Mengenpolitik ständiger politischer Nachbesserung bedarf, da die Anzahl der Zertifikate in Abhängigkeit von zusätzlichem Angebot aus nicht fossilen Brennstoffen reduziert werden muss, damit dieses ökologische Zusatzangebot nicht die Zertifikatpreise in den Keller trudeln lässt.

Ohne dies hier aus Raumgründen näher begründen zu können, erscheint dem Rezensenten der Vorschlag von Mohssen Massarrat (<http://www.linksnet.de/artikel/20513>) realistischer, ein Weltkartell z. B. für Öl und Gas zu errichten, damit Öl und Gas im Boden bleiben und die Interessen der Förderländer vertraglich einzubeziehen sind. Die Auszahlung als Bürgerdividende bei dem von Richters und Siemoneit bevorzugten Auktionssystem ist natürlich gut und sozial ausgleichend, da ärmere Menschen relativ mehr von den Ausschüttungen pro Kopf haben. Aber sie sehen auch, dass wohl auf absehbare Zeit nicht alle Länder bei einer solchen Neuerung mitmachen werden. Dann soll es Grenzausgleichsabgaben geben, die aber den heutigen Regeln des Welthandelssystems widersprechen. Soll man diese, auch als Liberaler, dann aufkündigen? Auch müsste man sicher harte Grenzkontrollen einführen, damit nicht Flachbildschirme u. a. eingeschmuggelt werden. Oder stehen diese billigeren Geräte dann neben den ökologisch sauber produzierten in den Verkaufsregalen, und man hofft auf die Tugendhaftigkeit der Bürger?

Die Autoren gehen nicht auf diese harten Kanten der Problematik ein, sondern sie schließen das Kapitel mit der Hoffnung, dass höhere Rohstoffpreise zu weniger technologischem „Fortschritt“ und damit geringer(er) Arbeitslosigkeit führen, was auch viel Sozialpolitik überflüssig mache und weshalb daher Wachstumsschwäche weniger bedrohlich wirke (S. 115–116). Wie das tapfere Schneiderlein erledigen sie mit ihren – wenn auch recht unspezifischen – Kontin-

gentierungsvorschlägen anscheinend die Probleme der Sozial- und Wachstumspolitik gleich mit.

Aber wie lässt sich ihr Optimismus begründen? Schließlich würde, da de facto bisher nichts für eine Entkopplung zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch trotz einiger versuchter Maßnahmen spricht, der Output bei Ressourcenverteuerung sinken. Damit könnte sogar umgekehrt Arbeit freigesetzt werden, außer die Löhne werden gesenkt, um sie einer verringerten Arbeitsproduktivität anzupassen. Solche Zusammenhänge diskutieren die Autoren nicht.

Hinzu kommt, dass die Technologien ausgewechselt werden müssten, um arbeitsintensivere Prozesse zu ermöglichen (ich danke Niko Paech für diesbezügliche Hinweise). Die Autoren klammern auch diese Frage aus, und es findet sich bei ihnen kein Beispiel für gute Ersatztechnologien.

Man hat manchmal den Eindruck, dass die Autoren hier nicht eigenständig Neues denken, sondern dass sie im Grunde schlicht und einfach der tradierten umweltökonomischen Ansicht und ihrer Quintessenz folgen: Fürchtet euch nicht, ein fixer Ressourcendeckel zwingt die Ökonomie schon irgendwie dazu, sich optimal und ohne wesentliche Blessuren für den Wohlstandsmenschen anzupassen.

Grund und Boden

Kapitel 7 entfaltet den vierten Baustein ihres Reformprogramms zum Grundeigentum. Der langfristige Anstieg der Bodenpreise könne nicht durch die Leistungen der Eigentümer erklärt werden. Er läge vielmehr an den leistungslosen Bodenrenten. Längerfristig steigende Preise für eine Vermögensklasse sind aber wohl per se noch kein Beweis für leistungslosen Einkommensbezug, da auch Aktienkurse im Schnitt um rund acht Prozent pro Jahr ansteigen. Im Vergleich weist Hauseigentum als Verwertungsmöglichkeit von Bodenbesitz nach Meinung vieler Experten eine geringere Rendite auf (Kommer, G., *Kaufen oder mieten?*, Campus, 2016).

Am Beispiel des von den Autoren nicht kritisierten Aktienbesitzes – die Eigentümer der Aktien beziehen ja Dividenden und realisieren Kursgewinne ohne eigenen unmittelbaren Leistungseinsatz im Unternehmen – bemerkt man, dass sie die Institution des Privateigentums

an Produktivkapital nicht grundlegender infrage stellen und diese durch die Voraussetzung von Familienunternehmen in ihren Ausführungen legitimatorisch umranken.

Sie gehen kurz auf die Immobilienblase v. a. in den USA ein und behaupten, Bodenwertsteigerungen und Banken- und wohl auch Finanzkrisen hingen traditionell eng zusammen. Diese Behauptung stimmt nicht, da Spekulations- und Bankenkrisen wirtschaftshistorisch betrachtet aus erstaunlich unterschiedlichen Konstellationen wie der Spekulation in Tulpenzwiebeln, Junk Bonds, durch Interneteuphorie usw. erwachsen (siehe sehr anschaulich Swarup, B., *Money mania: Booms, panics, and busts from ancient Rome to the great meltdown*, Bloomsbury Press, 2014).

Die Autoren haben völlig recht, dass der Boden trotz Henry Georges Wirken weitgehend aus der volkswirtschaftlichen Theorie eliminiert wurde, aber ihr lässiger negativer Kommentar zu Marx (S. 120, Fn. 22), Arbeit sei nachweislich die einzige Quelle von Wert (was, wie sie selber bemerken, ihrem Leistungsprinzip entspricht), ist doch etwas zu holzschnittartig (hiermit sollen nicht die Probleme der Marx'schen Arbeitswertlehre wie das Transformationsproblem bestritten werden). In diesem Kontext hätten sie zumindest seine Differentialrententheorie einbeziehen sollen. Sie sehen den großen Unterschied zwischen Boden und Kapital darin, dass der Boden nicht vermehrbar ist, eine Bodensteuer kaum umgangen werden kann und eine Steuer im Idealfall keine Wohlfahrtsverluste hervorbringe. Die These der nicht vorkommenden Wohlfahrtsverluste begründen und präzisieren sie nicht: Meinen sie, dass durch die Besteuerung keine Preissteigerungen erfolgen? Oder meinen sie, dass keine *deadweightlosses* durch Verluste von Konsumenten- und Produzentenrenten entstehen, was nur bei vollkommen unelastischem Bodenangebot der Fall wäre? Diese Modellkonstruktion der Mainstreamökonomie, die die oder der Nichteingeweihte hier ruhig auf sich beruhen lassen kann, setzt auch die unrealistische vollkommene Konkurrenz im strengen Sinne voraus.

Ihr Hilfsargument, eine Besteuerung ändere nichts an der Attraktivität eines guten Geschäftsmodells (S. 123), vermeidet die volkswirtschaftliche wissenschaftliche Debatte zur Frage von Steuern auf Boden und ihre (Nicht-)Überwälzbarkeit. Sie sehen nur Gutes in einer die Bodenrenten abschöpfenden Steuer. Wie meist bleiben sie im Unbestimmten: Wie wird eine solche Abschöpfungssteuer eigentlich korrekt erhoben, wie sieht die Berechnung aus und wie hoch würde sie ausfallen, z. B. im Raum Stuttgart oder in einer Kleinstadt?

Zwar ist es richtig, dass durch eine Bodensteuer der Spekulation ein gewisser Riegel vorgeschoben wird, aber die denkbaren Kollateralschäden werden von den Autoren nicht ins Feld geführt. Bei einer solchen Steuer ohne größere Ausnahmen könnten sich viele Privatpersonen ihr Wohneigentum sicher nicht mehr leisten, das doch den meisten (Ordo-)Liberalen sehr am Herzen liegt. Zwar ist es ungerecht, dass oft in der Vergangenheit zufällig erworbener Grund und Boden zurzeit nicht angemessen besteuert wird, aber eine Bodenwertzuwachssteuer könnten sich doch viele Menschen nicht leisten. Auch müssten die Autoren belegen, dass eine solche Steuer nicht auf Mieter überwältigt wird, die in Ballungsgebieten dann noch dümmer dastünden. Vage sprechen sie sich für Freigrenzen oder Härtefallregelungen aus (S. 128), ohne hier – wie auch bei den Aussagen zur dann geringeren Belastung der Arbeitseinkommen – einmal konkrete Hausnummern zu nennen. Ihre Aussage, „dass eine Bodenwertbesteuerung Bodenspekulation so verteuert, dass mehr gebaut wird und dadurch die Mieten sinken“ (S. 125), ist unverständlich.

Außerdem beißt sich eine solche Steuer mit ihrem ökologischen Brennpunkt. Zwar diskutierten sie in einem früheren Kapitel nur den Ressourcenverbrauch, aber die später einmal erwähnte Versiegelung der Landschaft ist unbestreitbar eine der größten fortwährenden Umweltsünden nicht nur in Deutschland. Eine solche Abschöpfung führe dazu, dass selbst viele und in Städten womöglich die letzten Grünareale genutzt werden, da man ansonsten die Bodenwertsteuer ohne Erträge abführen müsste, wodurch Handlungsdruck (bzw. Wachstumszwang) entstünde. Die Autoren sehen das Problem und fordern daher schließlich selbst ganz allgemein eine politische Begrenzung der Flächenversiegelung, die aber einen nicht marktkonformen Staatseingriff darstellte, was die Autoren doch minimieren wollen und dem von ihnen befürchteten politischen Schlendrian Tor und Tür öffnen könnte.

Man kann grundsätzlich fragen, ob sich Boden wirklich von Kapitalgütern durch Nichtvermehrbarkeit unterscheidet. Einer Vermehrung des Bodens entspricht z. B. das Bauen höherer Häuser bis zu Wolkenkratzern oder die Erhöhung der „Produktivität“ in der Landwirtschaft. Auch kann man nicht behaupten, dass der Besitz von Grund und Boden und z. B. von Mieteigentum risikolos ist: Es kann eine schlechte Nachbarschaft entstehen, Mietnomaden sind nicht auf den ersten Blick zu erkennen, eine laute Durchgangsstraße kann gebaut werden und es können die Dämmvorschriften dazu führen, dass für eine einfache Mietwohnung statt eines einfachen neuen Anstrichs eine Dämmung von mehreren zehntau-

send Euro fällig wird, die den Mietertrag von Dutzenden von Jahren auffrisst. Mit anderen Worten: Gesichert risikolos ist eine solche Investition beileibe nicht.

Früher hatten sie den Zins für Kapitalinvestitionen u. a. mit Konsumverzicht und Risikobereitschaft bei Investitionen legitimiert. Warum gilt nicht für Boden- und Mieteigentum dasselbe? Mit diesen Bemerkungen soll vonseiten des Rezensenten überhaupt nicht bestritten werden, dass die Zustände auf dem Wohnungsmarkt untragbar sind, die Erbpacht eine gute Eigentumsform für den Boden wäre und das entsprechende Volksbegehren in Berlin zu begrüßen ist.

Abschließend kann man sich fragen, warum die Autoren, nachdem sie die Büchse der Pandora in Sachen Renteneinkommen geöffnet haben, nur hinsichtlich des Bodens ein Problem sehen. Dirk Löhr hat in mehreren Beiträgen (siehe z. B. Löhr, D., *Prinzip Rentenökonomie: Wenn Eigentum zu Diebstahl wird*, Metropolis, 2013) noch viele andere Sonder- und Ausnahmebereiche identifiziert, in denen illegitime leistungslose ökonomische Renten angeeignet werden, die für eine deutliche Modifikation der Eigentumsrechte sprächen. Er thematisiert z. B. Patente, die oft Eintrittsmonopole wie bei Google schaffen, Geld (das daher nach seiner Meinung mit einer Demurrage besteuert werden müsste) usw. Warum beziehen die Autoren diese Bereiche, deren Ausnahmestatus Löhr mit guten Gründen anführt, nicht in ihre Überlegungen mit ein?

Mit Bernard Beaudreau (*Energy rents*, iUniverse, 2005 und als Kurzfassung <http://www.paecon.net/PAERreview/issue77/Beaudreau77.pdf>) kann man aus einer ökologischen und wirtschaftswissenschaftlich unverbildeten, physikalischen Sicht, die die tatsächlichen Materialströme im Blickfeld hat, noch einen Schritt weitergehen und das Rentenkonzept verallgemeinern. Bereits für Alfred Marshall (1891) bedeutete die sogenannte industrielle Revolution den definitiven Übergang von menschlicher Tätigkeit als Energiequelle zum Menschen, der Maschinen überwacht. Damit einher geht, dass heute weder Arbeit noch Kapital als produktiv anzusehen sind. Aus Sicht der klassischen Mechanik und der angewandten Physik gibt es neuzeitlich zwei universale Inputfaktoren: Energie und Organisation. Energie ist hierbei der einzige physikalisch-produktive Faktor, aus dem Output hervorgeht.

Die Besitzer der Energiequellen erhalten nach Beaudreaus und anderer Schätzung 4 bis 8 Prozent der Outputwerte, den Rest eignen sich Kapital und Arbeit als Energierenten an. Sie ergeben sich als Differenz zwischen dem Wert des durch Energie hergestellten physischen Outputs und der Kosten bzw. Preise für die Energie. Aber wie teilt sich der Anteil von Kapital

und Arbeit an den Energierenten genau auf? Beaudreau sieht hier einen Verteilungskampf bzw. Verhandlungsprozess vor sich gehen, der von ihm in einem Bargaining-Modell dargestellt wird. Entscheidend ist hierbei, dass die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf Leistung oder Wertinkorporierung in den Output beruht oder durch Produktivität legitimiert ist, sondern ein Tauziehen um den Anteil der Appropriation der Energierenten darstellt. Demnach wäre der Leistungsgedanke der Autoren obsolet und entspräche einem vorindustriellen Weltbild, aber ihr Konzept leistungslosen Rentenbezugs würde verallgemeinert und die Verteilungsvariable im Sinne einer kritischen Sozialwissenschaft als offen für soziale Auseinandersetzungen und als Ausdruck von Kräfteverhältnissen konzipiert.

Wirtschaftliche Macht

Kapitel 8 behandelt „Kapitalakkumulation und wirtschaftliche Macht“. In diesem vierten Brennpunkt geht es um Großunternehmen und sehr hohe Privatvermögen. Sie halten beides für problematisch, politisch aus Gründen von (potenzieller) Machtkonzentration und für ökonomisch ungerechtfertigt, da die Existenz von Großunternehmen und großen Vermögen sicher „unverdient“ sei, wobei es bei Großunternehmen nicht auf die juristische Form (Personen- oder Kapitalgesellschaft) ankomme. Als Beispiele dienen v. a. der Lebensmittelhandel, die Möbel- und die Autoindustrie.

Ihr Gewährsmann ist hier der ordoliberaler Walter Eucken, der Macht tatsächlich als *das* ökonomische Problem ansah und nicht Effizienz. Im Unterschied zu Eucken bleiben ihre Forderungen wieder im eher Nebulösen: Es soll „ein möglichst unbehinderter Preisbildungsmechanismus [stattfinden, der] ein geniales Steuerungsinstrument von Angebot und Nachfrage und damit für Arbeitsteilung ist. ‚Richtige Preise‘ führen die Wirtschaft in Gleichgewichte – genau in dem Sinn, den wir oben skizzierten“ (S. 135). Noch einmal: Dass solche guten Gleichgewichte von einer Vielzahl von nicht gerade wahrscheinlichen Voraussetzungen abhängen, sollte nicht vergessen werden (siehe weiter oben den Hinweis auf Hill und Myatt 2010). Worauf hier hingewiesen werden soll, ist der Autoren fehlende Beschreibung eines möglichst unbehinderten Preisbildungsmechanismus. Unter welchen Voraussetzungen kann er stattfinden?

Eucken ging übrigens eine Art Vollgeldreform nicht weit genug, da er dem Staat oder der Notenbank bei einem ungedeckten Papiergeldstandard nicht über den Weg traute und be-

fürchtete, dass die Versuchung, die Geldmenge zu sehr auszudehnen, zu stark sei. Er forderte daher eine quasi-mechanisch wirkende Waren-Reservewährung. Entgegen den marktopportunistischen, selbsternannten deutschen Ordoliberalen (gemeint sind hier nicht die beiden Autoren), die in Sonntagsreden gerne einen Eucken light vorstellen, hatte Eucken insgesamt sehr konkrete wirtschaftspolitische Vorstellungen. Freie Preisbildung und die marktwirtschaftliche Geltung des Haftungsprinzips schloss für ihn die volle Haftung für *alle* Unternehmen ein und heutige Kapitalgesellschaften aus, um eine zu hohe Risikoneigung, wie in der Finanzkrise zu bestaunen, zu verhindern.

Auch lehnte er Patente trotz vielerlei Gegenargumente grundsätzlich ab. Durchsetzung der vollkommenen Konkurrenz lag für ihn nur dann vor, wenn jedes Unternehmen Preisnehmer ist (dieses Kriterium fehlt bei den Autoren)! Frühzeitig sollte eine Monopolbehörde diese Marktform wenn nötig durch Zerschlagungen erzwingen. Das waren sehr restriktive Forderungen, aber klare Ansagen. Nebenbei bemerkt, wäre eigentlich Wilhelm Röpke aus ökologischer Sicht der Topgewährsmann für Richters und Siemoneit (siehe Peukert, H. *Das sozialökonomische Werk Wilhelm Röpkes*, 2 Bände, Peter Lang, 1992). Seine Utopie eines kleinen Schweizer Bergdorfes mit ungefähr 3000 Seelen erinnert an die Utopie der Marktwirtschaft der Autoren mit wie bei Röpke eines daneben koexistierenden Weltmarktes, der kein größeres Kompatibilitätsproblem darzustellen scheint.

Wie präzisieren die Autoren ihre Forderung der Machtbegrenzung? Sie geben zunächst einen kurzen historischen Überblick. So weit, so gut. „Über die negativen Folgen von Kartellen ist man sich einig, und die wichtige Rolle, die ein funktionierender Wettbewerb für den Wohlstand spielt, ist unbestritten.“ (S. 137) Seit Beginn gab es in der Kartellgesetzgebung der BRD allerdings unzählige Ausnahmen bis hin zur Ministererlaubnis, was Ordoliberale wie Franz Böhm damals sehr enttäuschte. Ob ‚funktionierender Wettbewerb‘ heute wirklich auf EU-Ebene eine hervorragende Rolle spielt, kann man bezweifeln. Es setzte sich dort nämlich die industrieökonomische Sicht in der entsprechenden Generaldirektion Wettbewerb durch, nach der man sogenannte Produzenten- und Konsumentenrenten berechnen kann und zur Voraussetzung von Fusionsentscheidungen macht und nicht automatisch Fusionsverbote ausspricht, wenn ein bestimmter Marktanteil durch die Fusion erreicht würde. Dies war ein entscheidender Paradigmenwechsel (Peukert, H. „Das Wettbewerbskonzept der EU aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften“. *Dimensionen des Wettbewerbs*, hg. H.-J. Blanke et al., Mohr Siebeck, 2010, S. 81–107).

Interessant ist auch wieder die unscharfe Begriffsverwendung bei den Autoren, da das Konzept des von ihnen geforderten ‚funktionsfähigen Wettbewerbs‘, in der BRD von Erhard Kantzenbach vertreten, weite Oligopole zulässt und sich als Alternativkonzept in den 1960er-Jahren in der BRD und ausdrücklich gegen das Konzept eines wie immer ganz genau definierten vollkommenen Wettbewerbs durchsetzte. Statt hier zu präzisieren, empören sich die Autoren über den Abgasskandal. Sie kritisieren die Konzentration in der Automobilindustrie und auch den hohen Anteil der Branche am BIP. Man fragt sich, ob sie auch einen bestimmten Anteil pro Branche am BIP festschreiben wollen. Natürlich haben sie völlig recht damit, dass die Großunternehmen nachhaltigen Einfluss auf die Politik ausüben, wenn „nötig“ gegen Regeln verstoßen, und man tatsächlich oft den Eindruck bekommt, dass man sich hierzulande mittlerweile in einem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus befindet (was die Autoren wohl so nicht benennen würden).

Die Autoren stellen auch ganz zutreffend eine fast automatische Konzentration von Reichtum fest, bieten aber keine guten ökonomischen Erklärungen dafür, warum dies geschehen kann und warum die reichen 0,1 Prozent die Finanzkrise fast unbeschadet überstanden. Sicher hängt dies auch mit den Rettungsaktionen der Notenbanken (Nullzinspolitik und sogenannte unkonventionelle Maßnahmen) zusammen, die bei den Autoren merkwürdig ungeschoren davonkommen. Vielleicht hängt dies damit zusammen, dass die Autoren es zwar im Buch nicht hervortreten lassen, aber im Grunde ihres Herzens und Herkommens mit Nullzinsen sympathisieren.

Doch zurück zum Text. Wenn es interessant wird, belassen es die Autoren meist bei wohlfeilen Allgemeinplätzen und der Auflistung von Empörungseignissen, die zwar bei den wahrscheinlichen Lesern ihres Buches womöglich warme Sympathiegefühle hervorruft, diese aber nicht unbedingt dem humanistisch-liberalen Aufklärungsideal entsprechen. Eine politökonomische Analyse des vorherrschenden Polit- und Regulationsregimes und der politischen Kräfteverhältnisse (wie z. B. bei Mitchell, W. und Fazi, T. *Reclaiming the state*, Pluto Press, 2017) wäre sicher eine verdienstvolle Ergänzung gewesen, die auch den Verlauf des Abgasskandals verständlicher machen könnte. Doch meist wollen sie niemandem auf die Füße treten, und sie üben sich in einem diplomatischen Modus, der angesichts der ökologischen Bedrohung doch regelrecht fahrlässig ist (auch hinsichtlich der wirtschaftsethischen Kontroverse Homann versus Ulrich finden sie, es „haben natürlich beide recht“, S. 176).

Gelegentlich werden etwas irritierende Einsichten eingestreut, so Mariana Mazzucatos Punkt (*Das Kapital des Staates*, Kunstmann, 2014), dass alle wesentlichen Innovationen wie das Internet wesentlich durch staatliche Förderung angeschoben wurden. Sie kritisieren zu Recht, dass dann die private Aneignung erfolgte. Aber was bedeutet das in Sachen Strukturpolitik? Soll diese Anschubfunktion des Staates dank ihrer liberalen Agenda entfallen oder ist sie unvermeidlich und sogar erwünscht und sollte in Zukunft für einen *Green New Deal* genutzt werden?

Eine regelrechte Naivität und Gutgläubigkeit ganz im Sinne der Aussagen ökonomischer Einführungslehrbücher und des Einmaleins der marktliberalen Märchenkiste spricht aus den folgenden Sätzen der Autoren gegen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern (Gewerkschaften): „Aber die aus diesen Verhandlungen resultierenden Preise (in diesem Fall Löhne) können die realen wirtschaftlichen Bedingungen nicht korrekt widerspiegeln. Sie sind ein eher zufälliges Ergebnis der aktuellen Machtpositionen und als ‚Globalpreise‘ der Kleinräumigkeit von Wirtschaft nicht angemessen.“ (S. 142) Immerhin beziehen die Autoren hier einmal eine eindeutige Position, die man deckungsgleich bei Eucken findet. Bei der anschließenden Frage, ob Politik(er/innen) das Gemeinwohl fördern (können) oder sie nicht vielmehr gemäß der *New Political Economy* nur egoistisch nach mehr Geld, Machtentfaltung, opportunistischem Überlebenswillen usw. streben, behaupten die Autoren ihrem diplomatischen Gestus treu bleibend: „Förderung des Gemeinwohls und persönliche Nutzenmaximierung sind durchaus kompatibel als generalisierte Reziprozität.“ (S. 143, Fn. 27) Sie geben kein Beispiel für ihre Sicht durch die rosa Brille. Ihre Weltsicht ist gerade nach der Finanzkrise, die sie ja schon als Erwachsene erlebt haben, durch eine erstaunlich harmoniebedürftig-kleinbürgerliche Perspektive gekennzeichnet. Wenn es um die Anbahnung eines Gewerbegebietes geht: Wie sähe hier generalisierte Reziprozität aus?

Sympathisch sind natürlich ihre Ausführungen zu großen Vermögen. Hier befinden sie sich nicht zuletzt in guter ordoliberalen Gesellschaft, hatte doch schon Alexander Rüstow eine deftige hundertprozentige Erbschaftssteuer gefordert. „Vermögen können mehr oder weniger zufällig zustande kommen und haben die Tendenz, sich zu Großvermögen zu vermehren.“ (S. 145) Da ist was dran, wenngleich man nicht genau erfuhr, wie das über längere Zeiträume klappen kann. Schließlich gibt es doch ihrer Ansicht nach bereits heute leidlich realen Wettbewerb (siehe die obige Aussage auf Seite 137, worüber „man“ – auch die Unternehmer? – sich einig ist).

Sie behaupten: „Historisch sind Großvermögen fast immer (auch) durch die Ausnutzung natürlicher Ressourcen sowie von Grund und Boden zustande gekommen“ (S. 145), die sich dann weiterhin leistungsarm vermehren konnten. Wenn man sich fragt, wer heute die Vermögens- und Einkommenspyramide weltweit anführt, landet man bei den Gründern von Amazon, Google, Apple, Facebook, Alibaba und z. B. einem mexikanischen Telefonanbieter. Wenn man sich anschaut, welcher Sektor bis 2007 über viele Jahre die meisten Gewinne einstrich, so fielen diese mit über 40 Prozent im Finanzsektor an. Das mit den Räuberbaronen und dem Öl als Ressource, die aus dem Boden stammt, liegt mehr als hundert Jahre zurück.

Interessanterweise geraten die Finanzgroßwirtschaft und die – liberale Individualrechte mit den Füßen tretenden – IT-Unternehmen überhaupt nicht in ihr Blickfeld (aus einer in Teilen regelrecht ordoliberalen Sicht siehe die Reformforderungen bei Peukert, H., *Das Moneyfest*, 3. Aufl., Metropolis, 2017). Warum sind die Zuckerbergs und Bezos' so reich geworden und haben erhebliche Vermögen aufgetürmt? Das passende Bild ist hier wohl nicht der Leistungswettbewerb und die Ausnutzung des Bodens und was er so alles an Ressourcen zu bieten hat, sondern ein Galopprennen: Viele sind am Start, einer oder wenige setzen sich (mehr oder minder zufällig) durch, die den Kampf um die Größe des Netzwerkes und um Skalenerträge austragen, *and the winner takes it all*.

Wie auch immer die *Forbes*-Liste der Reichen und Mächtigen im Einzelnen aussieht: Da in den USA das Wettbewerbsrecht seit Ronald Reagan (und mit Unterstützung der neuen Institutionenökonomie) geschleift wurde, gibt es Multis und Großbanken, die weltweit ganze Branchen beherrschen (so viel noch einmal zum obigen „man“ der Wettbewerbsbefürworter) unter Gewährung durch die wachweiche EU (die dann gelegentlich Strafzahlungen erhebt, aber weder Größe noch Geschäftsmodelle antastet).

Die Skalenerträge, Netzwerkeffekte und Patentrechte, auf deren Basis die sich heute durchsetzende Großunternehmen und Vermögen entwickeln, werden von den Autoren nicht erwähnt. Sie verschlafen somit die gerade virulenten Aspekte, die über Macht- oder Marktwirtschaft entscheiden. Generalverdikte wie „(m)assive Ungleichheit gefährdet die finanzielle Stabilität“ (S. 146) sind dabei so richtig wie unverbindlich. Merkwürdig lesen sich in diesem Zusammenhang Sätze wie folgender: „Die Wettbewerbsregeln verbieten zwar Monopole und Kartelle, aber wegen der riesigen Gewinnmöglichkeiten treten sie doch immer wieder auf.“ (S. 157) Bei Amazon, Google & Co treten sie schon ziemlich lange immer wieder auf,

sodass es sich wohl um mehr als um temporäre Betriebsunfälle handelt. Überhaupt nehmen sie keine dezidierte Position zur Frage ein, ob solche multinationalen Konzerne zielgerichtet zerschlagen und größenbegrenzt werden sollen oder nicht. Sie scheinen der Hoffnung zuzuneigen, dass gemäß ihrem Tapferes-Schneiderlein-Prinzip die Ressourcenbegrenzung und -verteuerung dies in einem Streich mit erledigt.

Resümee

Im Abschluss des Kapitels geben sie noch einmal ihrer Überzeugung Ausdruck, dass sich die industrielle Moderne mit ökologischer Nachhaltigkeit vereinbaren lässt (S. 148), obwohl sie ja dem Akkumulationsmotiv stark den Hahn abdrehen wollen. Sie nennen endlich einmal eine konkrete Zahl: Der Grenzsteuersatz bei Einkommen (aber ab welcher Einkommenshöhe?) könne durchaus 90 Prozent betragen. Ist das mit einer (ordo-)liberalen Grundeinstellung vereinbar? Die Autoren lassen offen, ob sich ihre Wettbewerbsutopie mit solchen Vorschlägen in einem Land, nur europäisch oder nur international durchsetzen lässt. Sie sind – wie selbst die SPD mittlerweile – gegen die Abgeltungssteuer. Zur Höhe der von ihnen geforderten Vermögenssteuer nennen sie keinen konkreten Steuersatz. Aber am Ende schreiben sie, dass die kombinierte Wirkung von Einkommen- und Vermögenssteuer auf eine faktische Obergrenze für Vermögen hinausliefe, aber eben „ohne dass man diese genau spezifizieren müsste“ (S. 151).

Sie vermuten jetzt, dass die Einkommenssteuer im normalen Bereich *deutlich* reduziert werden könne dank Bodenwertsteuer und tendenzieller Vollbeschäftigung dank des Nexus Ressourcenverteuerung und geringerer oder anderer Technologieeinsatz. Nach Meinung des Rezensenten müssten sie zum Erreichen ihrer Ziele viel tiefer in die Eigentumsordnung mit neuen Formen (z. B. Stiftungen?) und mit einer Strategie der Neutralisierung des Kapitals eingreifen, wie es früher einmal bei Ota Šik (*Ein Wirtschaftssystem der Zukunft*, Springer, 1985) u. a. hieß (siehe aus einer solch erweiterten Perspektive Kuttner, R., *Can democracies survive global capitalism?*, Norton, 2018).

Im letzten Kapitel wiederholen die Autoren hauptsächlich ihre vorherigen Überlegungen. Man fragt sich, welche Akteure ihr Programm in Gang setzen wollen und sollen. Sie legen diesbezüglich keine Antwort vor. Vielleicht hängt es mit dieser Leerstelle zusammen, dass sie auf der letzten Seite überraschend Trübsal blasen: „Vielleicht wird sich der Kapitalismus nie in dieser Weise begrenzen lassen ... vielleicht ist ‚der Mensch‘ ja nicht nur für den Sozialis-

mus, sondern auch für die Marktwirtschaft zu schlecht.“ (S. 165) Sollen wir dann die Flinte ins Korn werfen oder auf einen weisen Diktator hoffen? Gilt etwa doch nicht, „dass die industrielle Moderne sich mit ökologischer Nachhaltigkeit vereinbaren“ lasse (S. 148) und kommen Selbstzweifel gegenüber ihrer „dezidiert marktfreundlichen Wachstumskritik“ (S. 170) auf? Ist ihre ideale Marktwirtschaft womöglich eine Utopie im üblichen Sinne des Wortes, ein Nicht-Ort, d. h. eine schöne, aber unausführbare Zukunftsvision?

Trotz aller kritischen Bemerkungen enthält das Buch von Richters und Siemoneit aber anscheinend eine ganze Reihe von Überlegungen, die zur Auseinandersetzung herausfordern, was sich nicht zuletzt in dieser natürlich viel zu langen Rezension bekundet. In dieser Überlänge und ausgeprägten Neigung des Hinterfragens schlägt sich auch die Verzweiflung des Rezensenten über den Zustand unseres Planeten nieder, und auch er hat momentan keinen realistischen Plan zu seiner Rettung parat, weshalb er für grundlegende Reformvorschläge wie den der Autoren grundsätzlich dankbar ist. Es ist ihnen hoch anzurechnen, dass sie einige strukturelle Reformen vorschlagen und sich nicht im oft üblichen Aufzählen aller möglichen kleindimensionierten Reförmchen verlieren. Sie zielen mutig aufs große Ganze. Auch ist positiv hervorzuheben, dass sie sich nicht, wie es gelegentlich beim Postwachstumdiskurs vorkommt, nur auf psychologischer oder kultureller Ebene bewegen, sondern ökonomische Weichenstellungen einfordern.

Es stellte sich leider heraus, dass sich ihre Utopie des Wettbewerbs als eher unrealistisch und wenig konturenscharf erwies, wie es überhaupt den meisten Ausführungen an der nötigen Konkretetheit mangelte. Auch das Leistungsprinzip blieb recht schwammig und auch die Frage, und ob multinationale Konzerne zerschlagen werden sollten oder nicht. Skalenerträge und Netzwerkeffekte, die heute zu quasi-natürlichen, weltweiten Monopolen bzw. Oligopolen einiger IT-Unternehmen führen, wurden ausgespart. Beim Konzept leistungsloser Renten beschränken sich die Autoren auf Grund und Boden und nicht wie z. B. bei Löhr um Patente usw. oder noch radikaler durch den physikalische Rentenansatz Beaudreaus erweitert.

Auch die Infragestellung bestehender Eigentumsverhältnisse blieb weitgehend auf Bodeneigentum beschränkt. Die zentrale These, dass Arbeitslosigkeit durch den technologischen Wandel als Problem trotz Durchsetzung nachhaltiger ökologischer Grenz- und Verbrauchswerte und im Rahmen einer Wirtschaft, die nicht unbedingt wachsen müsse, mehr oder weniger verschwinden würde, war nicht überzeugend. Im Ungewissen blieb, welche soziale Gruppen ihre Reform durchsetzen sollen.

Heute besonders relevante Teile des Finanzsystems und der Schattenbanksektor blieben außen vor. Wie weit der Einsatz von Technologie zurückgefahren werden soll und muss, wurde nicht diskutiert und kann nicht erschlossen werden, da die Autoren die über Auktionierung durchzusetzende, maximale Ressourcennutzung und den maximalen CO₂-Ausstoss nicht quantitativ festlegten. Sie scheinen zu glauben, dass es trotz sicher heftiger Preissteigerungen und Mengenkontingentierungen für fossile Energien und anderweitige Ressourcenbegrenzungen dank arbeitsintensiverer Produktion zu keinen Arbeitsplatzverlusten kommt. Auch finden anscheinend keine erheblichen Einschränkungen des materiellen Lebensstandards statt. Das Wort Suffizienz und ein positiver Bezug auf drastische Arbeitszeitverkürzungen kommen in ihrem Buch praktisch nicht vor.

Eine Frage ist auch, ob arbeitsintensivere Produktion wirklich im Großen und Ganzen wünschenswert ist und ob nach der Vorstellung der Autoren der Mensch wieder zu einer primären Energiequelle werden soll oder muss, was auf harte körperliche Arbeit hinausläufe. Dies wäre der Fall, sofern die Menschheit nicht auf nichtfossiler Grundlage basierende Ersatztechnologien findet, die auch keinen größeren sonstigen Ressourcenverbrauch benötigen. Gibt es solche Technologien? Im Buch findet man zumindest kein Beispiel.

Ungeklärt blieb weitgehend, wie schon erwähnt, wie und auf welcher Stufenleiter der Rück- bzw. Umbau erfolgen kann und muss: national, europäisch oder nur international? Wir leben derzeit in einem international eng vernetzten, weltweiten Wirtschaftssystem mit mittlerweile über sieben Milliarden Menschen und einer Zunahme pro Jahr um die Bevölkerung Deutschlands, wobei zwei Drittel dieser Menschen noch deutlich unter unserem materiellen Lebensstandard leben. Sollen sie aufholen und auch unbehelligt in Deutschland oder Europa Arbeit suchen dürfen? Brauchen wir drastische Maßnahmen zur Eingrenzung der von den Autoren ausgesparten „Bevölkerungsbombe“ (Paul Ehrlich)?

Diese Rezension ist recht lang ausgefallen, weil die Ausführungen der Autoren Eigenschaften aufweisen, die im wachstumskritischen Diskurs häufiger anzutreffen sind. Ein Autor war u. a. Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ), der andere ist Geschäftsführer des Fördervereins Wachstumswende. Insofern repräsentieren sie einen bestimmten Denktypus des wachstumskritischen Spektrums: Sie gehen davon aus, dass die ökologische Bedrohung ohne grundsätzliche Strukturreformen unseres Wirtschaftssystems entschärft werden kann und neben einigen Leitplanken zur Ressourcendeckelung usw. die Weltgesellschaft ohne größeren Leidensdruck und Verzicht und dank der Wunderwirkungen der inner-

halb der Leitplanken selbstregulierenden Marktwirtschaft davonkommt. Diese Zeiten sind aber leider vorbei (zur realistischen Einschätzung der jetzigen Lage siehe z. B. Maxton, G., *Change!*, Komplet Media, 2018 und Smith, R., *Green capitalism: The god that failed*, College Publishers, 2016)!

Auch wird von den Autoren nicht recht gesehen, dass unsere liberal-humanistische Weltsicht und die Rolle des Staates nicht wie ursprünglich gedacht beibehalten werden können. Die Norm weitgehend freizügiger Selbstentfaltung des Individuums muss leider überdacht werden. Jeder Konsumakt ist mittlerweile (umwelt-)politisch, wer sein Auto startet, beeinflusst das Weltklima, wer Fleisch isst, auch. Wir befinden uns in einer Weltschicksalsgemeinschaft, jedoch ohne wirksame globale und mindestens halbwegs demokratische Entscheidungsinstanzen.

Nach neuzeitlichem und v. a. liberalem Weltbild greift der Staat oder greifen öffentliche Hände nicht allzu sehr in Wirtschaft und Gesellschaft ein, und der Staat wird finanziell und ökonomisch gebremst durch seine Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum (Steuereinnahmen) und der Großfinanzwirtschaft (Kreditaufnahme). Will man das Ruder ökologisch noch herumreißen, bedürfte es aber mittlerweile sicher einer starken, von Wachstum und wirtschaftlichen Interessengruppen unabhängigen ordnenden Hand, um den komplexen Gesellschaftstanker auf einen völlig neuen Kurs zu bringen.

Das hier rezensierte Buch bietet zu dieser herkulischen Aufgabe insgesamt leider eher Illusionen für wohl zumeist wohlmeinende und zu Recht verunsicherte, aber ihren Lebensalltag auch gerne so weiterverfolgende Menschen aus dem Mittelstand. Der Rezensent hat in den letzten Monaten in vielen (Zufalls)Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass die Erkenntnis der Bedrohung unseres Planeten dank der alltäglichen Horrormeldungen aber im Kopf der Menschen in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die Aufgabe zivilgesellschaftlicher Akteure und kritischer Wissenschaftler ist es, ungeschminkt die Wahrheit zu sagen und über die nötige radikale Transformation nachzudenken und dafür einzutreten. Das besprochene Buch regt auf jeden Fall dazu an, sich näher auf diese schwierige Aufgabe einzulassen.

Helge Peukert